

# Die Umweltsünden der Ev. Kirche im Rheinland

## Verantwortung wird outgesourced

Von Hans-Jürgen Volk

Ich führe ein Gespräch mit einer jungen Frau Anfang 20. Sie steht der „Fridays for future“-Bewegung nahe. Immer noch versteht sie sich als evangelische Christin. Dabei ist sie vor kurzem aus der Kirche ausgetreten. Sie legt mir dar, dass sie das Verhalten der evangelischen Kirche gegenüber der sich anbahnenden Klimakatastrophe als unglaublich empfindet. Man rede zwar davon, die Schöpfung bewahren zu wollen, tue aber viel zu wenig.

Jetzt hätte ich auf die Ergebnisse der Landessynode vom Januar 2022 verweisen können. Gewiss gibt es in der rheinischen Kirche zahlreiche Entscheidungsträger, die ähnlich engagiert für Klimagerechtigkeit eintreten, wie meine junge Bekannte. Wirklich zufrieden sein können sie nicht mit dem Weg, den die rheinische Landeskirche eingeschlagen hat. Oberflächlich betrachtet gab die Landessynode ein öffentlichkeitswirksames Statement für mehr Klimaschutz ab. Der Schwerpunkt liegt bei der energetischen Sanierung kircheneigener Immobilien.

### Treibhausgasneutralität oder Reduzierung des Gebäudebestands?

Unwillkürlich fragt man sich bei der Positionierung der Ev. Kirche im Rheinland (EKiR), was denn nun erreicht werden soll: Treibhausgasneutralität oder die Reduzierung des Gebäudebestands? Glaubt man allen Ernstes, der Verkauf von Immobilien sei ein wirksamer Beitrag zum Klimaschutz?

Der Verdacht liegt nahe, dass das vorrangige Ziel die Reduzierung des Gebäudebestands ist. So äußert sich jedenfalls die [Landeskirchenbaudirektorin der EKiR Gudrun Gotthardt](#): „Die Notwendigkeit, Gebäude zu reduzieren, ist aufgrund der Mitglieder- und Kirchensteuerentwicklung schon seit Jahren bekannt. Der Klimaschutzbeschluss hat dem Ganzen einen weiteren Schub gegeben.“ An gleicher Stelle verweist sie auf die Entwicklung in der badischen Landeskirche, die der EKiR an diesem Punkt voraus sei. Dort zeichne sich eine Reduzierung auf ein Drittel des bisherigen Gebäudebestands ab.

Diese Stellungnahme muss jeden auf die Palme bringen, der an ernsthaftem Klimaschutz interessiert ist. Gewiss, die Diskussion in der EKiR ist noch nicht abgeschlossen. Eins müsste allerdings klar sein: Es nützt dem Klima rein gar nichts, wenn ich mich von Gebäuden trenne – ohne diese zuvor energetisch saniert zu haben. Selbst wenn dies der Fall sein sollte, befördert die Reduktion von Gemeindehäusern oder gar Kirchen die schon seit langem angestrebten Konzentrations- und Fusionsprozesse in der EKiR. Vor allem in ländlichen Regionen erzeugt dies zusätzliche Mobilität, die dort mit öffentlichen Verkehrsmitteln kaum zu bewältigen ist.

## **Der fragwürdige Blick in die Glaskugel**

Auch Gotthard verweist auf angeblich sinkende Kirchensteuereinnahmen, die Handlungsdruck erzeugen würden. Tatsächlich ist die Finanzkraft der Ev. Kirche im Rheinland seit 2006 bis auf die kleine Delle im Gefolge der Finanz- und Wirtschaftskrise von 2008 und den Folgejahren erheblich gestiegen. Diese Entwicklung hält bis heute an. Im Herbst 2022 geht der Arbeitskreis Steuerschätzung von deutlichen Steuermehreinnahmen des Staates aus. Gewiss, diese Mehreinnahmen sind zum großen Teil der Inflation und den damit verbundenen Einnahmen aus der Mehrwertsteuer geschuldet. Davon hat die Kirche nichts, im Gegenteil: gestiegene Energiekosten z.B. stellen die kirchlichen Haushalte vor große Herausforderungen. Dennoch wirken sich kräftige Lohnsteigerungen sowie eine nach wie vor positive Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt derart auf die kirchlichen Einnahmen aus, dass in keiner Weise von einem deutlichen Rückgang ausgegangen werden kann. Im Moment besteht jedenfalls kein Grund für einen ausgeprägten Finanzalarmismus.

Bis heute werden dem die Zahlen der sog. „Freiburger Studie“ aus dem Hause des Lobbyisten Raffelhüschen entgegengehalten, die bis zum Jahr 2060 einen drastischen Rückgang der Finanzkraft der Ev. Kirche prognostizieren. Im Grunde handelt es sich hier um eine Neuauflage der Finanzprognostik, die wesentlicher Bestandteil des EKD-Impulspapiers „Kirche der Freiheit“ von 2006 war. Hier erwartete man einen stetigen Rückgang bei den Kirchensteuereinnahmen und eine Reduzierung der Finanzkraft bis 2030 auf 50% gegenüber dem Basisjahr 2002. Wie gesagt, bis heute sind die Einnahmen aus Kirchensteuermitteln erheblich gestiegen, was allerdings Superintendenten und Oberkirchenräte nicht daran hinderte, vor Synoden wahrheitswidrig von sinkenden Kirchensteuereinnahmen zu schwadronieren.

Die „Freiburger Studie“ entstand vor der Corona-Krise und vor dem Russland-Ukraine Krieg. Das heißt, dass eine Gegenwart hochgerechnet wurde, die heute längst überholt ist. Das verweist auf eine grundsätzliche Problematik einer derartigen Prognostik: Ich kann immer nur eine mir bekannte Gegenwart hochrechnen. Die kenne ich. Doch schon nach kurzer Zeit kann die dann aktuelle Gegenwart die so hochgerechnete Vergangenheit relativieren oder widerlegen. Ich kann Hoffnungen und Befürchtungen haben, wie denn die Welt im Jahr 2060 aussehen wird. Tatsächlich weiß ich es nicht. (Vgl. hierzu den nüchternen und klugen Beitrag im Deutschen Pfarrerinnen- und Pfarrerblatt 7, 2022, S. 431 ff von Eberhard Blanke und anderen).

Die Klimakrise wird nach dem heutigen Wissensstand die wohl größte Herausforderungen für Gegenwart und Zukunft sein. Wenn Transformationsprozesse weiterhin eher halbherzig und zu langsam umgesetzt werden, ist die Wahrscheinlichkeit groß, dass in ihrem Gefolge weitere Krisen auftreten werden. Kriege werden wahrscheinlicher, Migrationsbewegungen werden zunehmen, die Ernährungslage vieler Menschen wird sich vermutlich weiter verschlechtern.

### **Erst sanieren, dann (eventuell) verkaufen**

Wer es ernst meint mit der ökologischen Transformation und dem Kampf gegen die sich abzeichnende Klimakatastrophe, der sollte dies auch entschlossen und eindeutig priorisieren und nicht mit anderen strategischen Überlegungen vermischen. Überzeugend wäre es, den bestehenden Gebäudebestand ökologisch zu sanieren. Dann kann man immer noch über den Verkauf des einen oder anderen Gebäudes nachdenken. Im Moment setzt man sich dem Verdacht aus, dass Klimathema lediglich als Hebel zu benutzen, um dem eigentlichen Ziel, nämlich der deutlichen Reduzierung des Immobilienbestandes näher zu kommen. Das aber ist weniger als halbherzig bezogen auf das Klimathema.

Aktuell hat die EKIR jedenfalls die Finanzkraft, um eine umfassende energetische Sanierung ihrer Gebäude voranzutreiben. Die Sicherung zukünftiger Versorgungsbezüge ist weitgehend im gewünschten Umfang erfolgt. Hier könnte man z.B. die Versorgungssicherungsumlage um etliche Punkte reduzieren und stattdessen eine Klimaumlage einrichten. Aus dem so entstehenden Kapitalstock könnte innerhalb von 5 Jahren eine umfassende Sanierung bestehender Gebäude vorangetrieben werden.

Gebäude, in denen vielleicht vor Jahrzehnten die letzten umfangreichen Sanierungsmaßnahmen durchgeführt wurden, einfach abzustoßen, ist jedenfalls kein Beitrag zum Klimaschutz! Das Gebot ist also: erst sanieren und erst dann, wenn es nicht anders geht, verkaufen!

### **Regionale Strukturen stärken – Verkehr reduzieren!**

Es gibt vielfältige Ursachen dafür, dass Deutschland bei den selbstgesteckten Klimazielen hinterherhinkt. Ein wichtiger Faktor ist die bisher kaum wahrnehmbare Verkehrswende. Die EKIR scheint hier ähnlich zu argumentieren, wie das FDP-geführte Verkehrsministerium. CO<sup>2</sup>-Emissionen könnten an anderer Stelle wesentlich rascher und effektiver reduziert werden als im Verkehr. Die EKIR behauptet zudem, der Verkehr spiele bei ihrer CO<sup>2</sup>-Bilanz nur eine untergeordnete Rolle.

Die Frage ist allerdings, auf Grund welcher Daten man zu so einem Ergebnis kommt. Alleine durch den Abbau diverser Einrichtungen hat die EKIR in erheblichem Umfang zusätzlichen Verkehr erzeugt. In der gesamten südrheinischen Region gibt es kaum Einrichtungen der EKIR mehr. Das Pastorkolleg in Rengsdorf wurde aufgegeben. Pfarrerfortbildung findet seitdem unter anderem in Wuppertal und in Bielefeld statt. Ebenso gibt es das Haus des PTI in Bonn nicht mehr. Das Predigerseminar in Bad Kreuznach ist schon seit einiger Zeit Geschichte. Was es noch gibt, ist das Haus der Stille in Rengsdorf, das seit Jahren unter wirtschaftlichem Druck steht. Dann existiert noch die Landjugendakademie in Altenkirchen, wo seit einiger Zeit nur noch Tagesveranstaltungen oder Online-Seminare angeboten werden. Es kann wohl kaum bestritten werden, dass durch den Kahlschlag bei den südrheinischen Einrichtungen in erheblichem Umfang zusätzliche Mobilität erzeugt wurde. Zudem ist der öffentliche Nahverkehr in der Mehrzahl der südrheinischen Kirchenkreise nur

rudimentär vorhanden, sodass Entfernungen in der Regel mit dem PKW überbrückt werden dürften. Hinzukommt, dass man nach wie vor die Fusionen von Gemeinden und Kirchenkreisen vorantreibt. Entweder erzeugt man durch diese Prozesse zusätzlichen Verkehr oder man hängt, was ebenso bedenklich ist, weniger mobile Personen schlicht ab. Deutlich wird jedenfalls, dass der Klimaschutz in der EKIR keineswegs höchste Priorität genießt.

Im Magazin des BUND 4,22, S. 17 schreibt Josephine Michalke: „Hierzulande dominiert der Straßenverkehr. Er benötigt mit Abstand die meiste Energie und verursacht die meisten Emissionen im Verkehr. Bei PKW und LKW ist daher auch das Sparpotential am größten.“ Der BUND fordere schon seit langem, Verkehr zu verlagern und zu vermeiden. „Passiert ist das Gegenteil: Statt mehr Busse und Bahnen fahren weniger, gleichzeitig werden die Alltagswege immer länger.“ „All das muss sich schnell ändern, zum Schutz des Klimas und der biologischen Vielfalt.“

Erkennbar zieht die EKIR hier nicht mit. Im Gegenteil: durch Konzentrationsprozesse und Fusionen, sowie eine problematische Dominanz rein betriebswirtschaftlicher Aspekte leistet die EKIR einen erheblichen Beitrag dazu, dass „Alltagswege“ immer länger werden und gerade in ländlichen Regionen der Straßenverkehr zunimmt. Nötig wäre das genaue Gegenteil: geboten ist es, auch aus ökologischen Gründen, kirchliches Leben dezentral zu organisieren und Gemeinden bei der Gestaltung von Strukturen den entscheidenden Einfluss zurückzugeben und zu stärken.

### **Der betriebswirtschaftliche Tunnelblick**

Spätestens seit dem EKD-Impulspapier „Kirche der Freiheit“ ist das Leitungshandeln auch in der EKIR dominiert von betriebswirtschaftlichen Überlegungen und Methoden. Das dieser Ansatz gescheitert ist, belegen die hohen Austrittszahlen oder die sinkenden Teilnehmerzahlen bei unseren Gottesdiensten. Fehlende Transparenz und die konsequente Zurückweisung konkurrierender Ansätze führen dazu, dass man bis heute diesen Abweg beschreitet. Dies kommt einer Selbstdemontage unserer Kirche gleich und schadet zudem dem Klima.

Hier ein Beispiel: Vor etlichen Jahren wurden die Altenheime in unserem Kirchenkreis zu einer GmbH zusammengefasst. Man wollte hierdurch Synergieeffekte erzielen und Kosten senken. Zuvor bestand eine enge Beziehung der Pflegeeinrichtungen zu den örtlichen Kirchengemeinden. Diese Bindung wurde geschwächt, da die Kirchengemeinden nur noch einen reduzierten Einfluss auf die Entwicklung der Altenheime ausüben konnten.

Man begann, verschiedene Dienste auszulagern. Z.B. das Theodor-Fliedner-Heim in Altenkirchen war zuvor bekannt wegen einer hervorragenden hauseigenen Küche. Nun wurde das Essen für alle Pflegeeinrichtungen im Kirchenkreis von einer Großküche aus Köln bezogen. Betriebswirtschaftlich machte dies Sinn. Dies sorgte allerdings für Unmut bei den Bewohnerinnen und Bewohnern und deren Angehörigen. Der Hinweis, dass es doch

ökologisch höchst bedenklich sei, das Essen regelmäßig von Köln nach Altenkirchen, Hamm oder in den Betzdorfer Raum zu befördern, wurde abgewehrt. Zuvor hätten die Küchen sich ja bei örtlichen Anbietern eindecken müssen, die ihrerseits aus dem gesamten Bundesgebiet mehrmals täglich beliefert würden. Nun sei lediglich die Strecke von Köln in den Landkreis Altenkirchen zu überwinden, was unterm Strich womöglich sogar zu einer positiven Ökobilanz führen könnte. – Sorgfältige Recherchen vor Ort haben allerdings ergeben, dass sich durch diese Maßnahmen der Altenheim GmbH keineswegs der LKW-Verkehr in Richtung heimischer Supermärkte reduziert hat!

### **Eine schädliche Ideologie**

In meinem Urlaubsort hat vor einiger Zeit das Lebensmittelgeschäft aufgegeben. Es handelt sich um eine Ortschaft von etwas mehr als 800 Einwohnern, der touristisch stark frequentiert ist. Nun stehe ich in einer Metzgerei, deren Inhaber gleichzeitig eine Gastwirtschaft betreibt. Ich komme ins Gespräch mit dem Metzger, der mir bedauernd mitteilt, dass er die Metzgerei demnächst schließen wird. Sein Steuerberater habe ihm vorgerechnet, dass er unter den jetzigen Rahmenbedingungen bei seiner Betriebsgröße auf absehbare Zeit keine Chance hätte, einen annehmbaren Gewinn zu erwirtschaften.

In meiner Umgebung im nördlichen Westerwald gibt es etliche Dörfer, in denen es weder einen Gasthof, noch eine Bäckerei oder einen Dorfladen gibt. Das war einmal anders! Auch in unseren Mittelzentren ist der Bestand an Bäckereien und Metzgereien auf ein Zehntel der ursprünglichen Betriebszahl geschrumpft. Dieser Schrumpfungsprozess, der auch bei Gastronomiebetrieben, Textil- oder Lebensmittelgeschäften festgestellt werden muss, ist in vollem Gange. Wenn dann kirchliche Leitungsgremien hingehen und eine derartige Entwicklung durch die Aufgabe von Gemeindehäusern oder gar Kirchen noch verstärken, leistet man ungewollt Wahlkampfhilfe für extreme politische Formationen und schadet der Umwelt. Eine Kirche, die so handelt, ist kein gutes Vorbild!

In den vergangenen Jahrzehnten dominierte eine Denkweise, die Bereiche der Daseinsvorsorge zunehmend privatwirtschaftlichen Methoden aussetzte oder diese, wie im Bereich der Energieversorger oder der Telekommunikation, gleich direkt in privatwirtschaftliche Konzerne umwandelte. Der Markt sollte es richten. Durch diese Methode erwartete man Wohlstandsgewinne, Effizienzsteigerungen und eine Entlastung der öffentlichen Haushalte. Lässt man dieser Marktideologie freien Lauf, so entstehen durch Fusionen immer größere wirtschaftliche Subjekte. Wettbewerb findet weniger über Qualität, sondern mehr über den Preis statt. Zugleich gab es ein Phänomen, dass einer Ideologie, die staatliche Eingriffe in das Marktgeschehen als grundsätzlich bedenklich ansieht, eigentlich widerspricht. Wachsende Bürokratie, eine immer umfangreichere Regulierung z.B. beim Steuerrecht, beim Datenschutz, beim Brandschutz oder im Blick auf Hygienevorschriften machte und macht gerade dem Mittelstand das Leben schwer. Dies gilt vor allem dann, wenn neue Vorschriften zugleich mit erheblichen Investitionen verbunden sind. Der Konzern mit eigener Rechtsabteilung und erheblichem Eigenkapital kommt damit prima klar, der

kleine Metzger, Bäcker oder Gastronom wird so entweder in den Burnout oder in die Insolvenz gedrängt. Man wird den Verdacht nicht los, dass starke Lobbygruppen, hinter denen sich mächtige Konzerne verbergen, ihren Einfluss geltend machen, um die unbequeme mittelständische Konkurrenz zu eliminieren. Der Nebeneffekt ist übrigens, dass diese Marktideologie letztlich zur Aufhebung von wirklichem Wettbewerb und zur Bildung von Oligopolen und Monopolen führt.

„Wachsen oder weichen!“ – dieser Imperativ, der seinen Sitz im Leben ursprünglich in der Landwirtschaft hatte, ist mittlerweile zum richtungsweisenden Appell in der Gesamtwirtschaft und offenkundig auch bei den Kirchen geworden.

Ich bin im Gespräch mit einem Landwirt, der seit etlichen Jahren seinen Betrieb im Nebenerwerb führt. Traurig erzählt er mir, dass er bis vor wenigen Jahren sein Vieh noch an örtliche Metzger verkaufen konnte. Diese Möglichkeit gibt es für ihn nicht mehr. Er ist gezwungen, seine Rinder einem Großhändler zu überlassen, der diese dann in Großschlachtereien nach Holland oder nach Nordrhein-Westfalen transportiert. Unter Umständen wird das Fleisch zum Zerlegen nach Tschechien gebracht, bis es dann schließlich zum Verarbeiten und Verpacken in einer Fleisch- und Wurstfabrik in Bayern landet. Von dort erreichen dann die Produkte die heimischen Supermärkte. Betriebswirtschaftlich macht das offenbar Sinn, da man mit niedrigen Lohnkosten kalkuliert und die Kosten für die Umwelt u.a. durch die langen Transportwege in keiner Bilanz auftauchen. Dass dies in sozialer und ökologischer Hinsicht schädlich ist, wird man kaum bestreiten können.

Es macht traurig, dass die Kirchen sich spätestens seit dem Beginn der 2000-er-Jahre dieser Ideologie ausgeliefert haben. Mit Steria-Mummert, Kienbaum oder BSL gewährte die Ev. Kirche im Rheinland Beratungsunternehmen erheblichen Einfluss, die für diese gemeinwohlschädliche Ideologie stehen. So kann man weder eine positive Entwicklung der Kirche fördern, noch der Klimakatstrophe wirksam begegnen.

